

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/18898

"Zukunft der bäuerlichen Milchviehhaltung sichern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/18898 vom 09.11.2017
2. Beschluss des Plenums 17/18945 vom 09.11.2017
3. Plenarprotokoll Nr. 115 vom 09.11.2017



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer, Eric Beißwenger, Anton Kreitmair, Martin Schöffel, Tanja Schorer-Dremel, Thorsten Schwab, Klaus Steiner, Sylvia Stierstorfer, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder und Fraktion (CSU)**

Zukunft der bäuerlichen Milchviehhaltung sichern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die bäuerliche Milchviehhaltung für eine flächendeckende Landwirtschaft und den Erhalt vitaler ländlicher Räume unverzichtbar ist.

Um Krisen wirksam entgegenzuwirken, sind Landwirte, Verarbeiter und Handel und die Politik gefordert.

Die vergangene Milchkrise hat unter anderem gezeigt, dass das Sicherheitsnetz in der gemeinsamen Marktordnung Milch unzureichend ist. Die Gemeinsame Marktordnung muss um dauerhafte Maßnahmen ergänzt werden, die es ermöglichen, rechtzeitig und situationsbedingt auf Krisenmaßnahmen zu reagieren, um den Milchmarkt zu stabilisieren.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und EU-Ebene weiterhin dafür einzusetzen dass,

- unter Berücksichtigung der Evaluierung der Ergebnisse des Milchmengenreduzierungsprogramms Modelle zur freiwilligen Milchmengenreduktion gegen Entschädigung geprüft werden,
- bei einer anhaltenden, ausgeprägten Krise auch die Option einer zeitlich befristeten EU-weiten, obligatorischen, entschädigungslosen Milchmengenreduktion in der Gemeinsamen Marktordnung als ultima ratio geprüft und ggf. verankert wird,
- die Marktbeobachtungsstelle zu einem effizienten Frühwarnsystem durch Erweiterung der Datenbasis unter Einbeziehung weiterer wichtiger Märkte ausgebaut wird,

- der seit 2014 in Deutschland genutzte Ansatz des Direktzahlungselements der Umverteilungsprämie für die ersten Hektare in der nächsten Periode der EU-Agrarpolitik deutlich ausgeweitet wird, um bäuerliche Familienbetriebe mit kleiner und mittlerer Größe weiter zu stärken.

Außerdem wird die Staatsregierung aufgefordert, im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel

- darauf hinzuwirken, dass heimische und ausländische Märkte bestmöglich erschlossen werden,
- bei Milcherzeugern und Verarbeitern in geeigneter Weise zu werben, damit wichtige Inhalte, wie Preis, Menge und Laufzeit sobald als möglich in die Lieferverträge aufgenommen werden; die Anpassung des EU-Rechts in diesem Zusammenhang wird ausdrücklich unterstützt,
- die Milcherzeuger bzw. deren Vereinigungen über die Möglichkeiten der einzelbetrieblichen Risikoabsicherung in geeigneter Weise zu informieren.

Begründung:

Bayern ist die bedeutendste Milchregion in Europa. Über 30.000 Milchviehbetriebe produzieren rd. 8 Mio. Tonnen Milch und pflegen unsere Kulturlandschaft. Sie bilden die Grundlage für zahlreiche Arbeitsplätze im ländlichen Raum und sind eine wichtige Basis für einen florierenden Tourismus in den Urlaubsgebieten in Bayern.

Krisen, wie die im vergangenen Jahr, gefährden die wirtschaftenden Betriebe in erheblichem Maße. Ein Cent Preisrückgang bedeuten rd. 80 Mio. Euro Erlösrückgänge im Jahr für unsere Milchviehbetriebe und darüber hinaus entsprechende Kaufkraftverluste im ländlichen Raum. Aufgrund der Weltmarkteinflüsse nimmt die Volatilität im Milchmarkt zu. Hier gilt es, sich rechtzeitig auf Nachfrageschwankungen und Preisausschläge vorzubereiten, um Strukturbrüche verhindern zu können.

* Änderung bei den Antragstellern

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de - Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer, Eric Beißwenger, Anton Kreitmair, Martin Schöffel, Tanja Schorer-Dremel, Thorsten Schwab, Klaus Steiner, Sylvia Stierstorfer, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder und Fraktion (CSU)**

Drs. 17/18898

Zukunft der bäuerlichen Milchviehhaltung sichern

Der Landtag stellt fest, dass die bäuerliche Milchviehhaltung für eine flächendeckende Landwirtschaft und den Erhalt vitaler ländlicher Räume unverzichtbar ist.

Um Krisen wirksam entgegenzuwirken, sind Landwirte, Verarbeiter und Handel und die Politik gefordert.

Die vergangene Milchkrisse hat unter anderem gezeigt, dass das Sicherheitsnetz in der gemeinsamen Marktordnung Milch unzureichend ist. Die Gemeinsame Marktordnung muss um dauerhafte Maßnahmen ergänzt werden, die es ermöglichen, rechtzeitig und situationsbedingt auf Krisenmaßnahmen zu reagieren, um den Milchmarkt zu stabilisieren.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und EU-Ebene weiterhin dafür einzusetzen dass,

- unter Berücksichtigung der Evaluierung der Ergebnisse des Milchmengenreduzierungsprogramms Modelle zur freiwilligen Milchmengenreduktion gegen Entschädigung geprüft werden,

- bei einer anhaltenden, ausgeprägten Krise auch die Option einer zeitlich befristeten EU-weiten, obligatorischen, entschädigungslosen Milchmengenreduktion in der Gemeinsamen Marktordnung als ultima ratio geprüft und ggf. verankert wird,
- die Marktbeobachtungsstelle zu einem effizienten Frühwarnsystem durch Erweiterung der Datenbasis unter Einbeziehung weiterer wichtiger Märkte ausgebaut wird,
- der seit 2014 in Deutschland genutzte Ansatz des Direktzahlungselements der Umverteilungsprämie für die ersten Hektare in der nächsten Periode der EU-Agrarpolitik deutlich ausgeweitet wird, um bäuerliche Familienbetriebe mit kleiner und mittlerer Größe weiter zu stärken.

Außerdem wird die Staatsregierung aufgefordert, im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel

- darauf hinzuwirken, dass heimische und ausländische Märkte bestmöglich erschlossen werden,
- bei Milcherzeugern und Verarbeitern in geeigneter Weise zu werben, damit wichtige Inhalte, wie Preis, Menge und Laufzeit sobald als möglich in die Lieferverträge aufgenommen werden; die Anpassung des EU-Rechts in diesem Zusammenhang wird ausdrücklich unterstützt,
- die Milcherzeuger bzw. deren Vereinigungen über die Möglichkeiten der einzelbetrieblichen Risikoabsicherung in geeigneter Weise zu informieren.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

*Änderung bei den Antragstellern

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Dr. Leopold Herz

Abg. Horst Arnold

Abg. Martin Schöffel

Abg. Ulrich Leiner

Staatsminister Helmut Brunner

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr.

Leopold Herz u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Krisen in der Milchwirtschaft vorbeugen und endlich Maßnahmen ergreifen!

(Drs. 17/18866)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold,

Florian von Brunn u. a. und Fraktion (SPD)

Wirksame Kriseninstrumente für den Milchmarkt endlich etablieren - Schutz der

bäuerlichen Landwirtschaft (Drs. 17/18897)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-

Fischer, Angelika Schorer u. a. und Fraktion (CSU)

Zukunft der bäuerlichen Milchviehhaltung sichern (Drs. 17/18898)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Kollege Dr. Herz. Bitte sehr.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Warum dieser Antrag heute? – Nach der Krise ist vor der Krise. Es deuten verschiedene Anzeichen darauf hin, dass wir wieder vor einer Veränderung stehen. Worum geht es in diesem Antrag? – Wir haben in Bayern noch etwa 32.000 Milcherzeugende Betriebe. Da kann man natürlich sagen, wie dies auch teilweise bei anderen Produktgruppen der Fall ist, diese könne man sich selber überlassen. Aber ich glaube, das wollen wir nicht; denn weite Teile Bayerns würden dann nicht mehr so da stehen und ausschauen, wie sie dies jetzt noch tun. Deshalb müssen wir hier etwas unternehmen. Wie gesagt: Diese Betriebe sich selbst und dem Markt zu überlassen, wäre unverantwortlich. Aus diesem Grunde haben wir dieses Thema wiederholt be-

handelt und Anträge gestellt, hier am Milchmarkt, aber natürlich europaweit, einzugreifen.

Aktuell ist es so: Dieser sogenannte Kieler Rohstoffwert ist die neue Bemessungsgrundlage. Da sind wir wieder in einem Bereich unter 30 Cent. Die letzte Datierung etwa lag bei 29,3 Cent pro Kilogramm Milch. Natürlich ist das kein Auszahlungspreis, aber ein Preis, der darauf hinweist, in welche Richtung es geht. Dieser Preis war noch vor wenigen Monaten um etwa vier oder fünf Cent höher. Jetzt kann man uns vorwerfen, wir würden den Preis herunterreden. Nein, im Gegenteil: Meine Kollegen und ich tun das auf keinen Fall. Aber wenn führende Vertreter der Milchindustrie beginnen zu sagen, der Preis sei langfristig, kurzfristig und auch mittelfristig nicht haltbar, dann sind das Anzeichen, dass es hier wieder zu einer Veränderung kommt. Da müssen wir natürlich eingreifen und Vorsichtsmaßnahmen einbauen.

Ich will den Antrag kurz begründen. Zunächst mal: Die Forderung ist ganz klar. Wie ich in den anderen Anträgen gesehen habe, findet das inzwischen auch bei der Mehrheitsfraktion eine gewisse Nachahmung. Wir wollen einen freiwilligen kurzfristigen Lieferverzicht einbauen. Da kann man darüber streiten, wie lange, ob drei Monate, fünf Monate oder sechs Monate. Wir wollen, dass das gegen Entschädigung passiert, weil wir in Europa nur so eine Mehrheit bekommen. Ich glaube, es hat sich inzwischen herumgesprochen: Wenn hier keine Entschädigung käme, dann wären viele Mitgliedstaaten nicht bereit, dies ihren Landwirten zuzumuten. Insofern geht Ihr Antrag ohne Entschädigung in eine Richtung, die nicht mehrheitsfähig wäre.

Das Zweite, in diesem Zusammenhang sehr Wichtige ist Folgendes: Wir haben schon die Marktbeobachtungsstelle in Brüssel. Nur ist diese noch nicht mit Leben erfüllt. Anders kann ich es mir nicht erklären – Sie werden es teilweise verfolgen –, dass hier bei der letzten Krise vor einem Jahr viel zu lange zugewartet wurde. Es wurde praktisch erst reagiert, als das Kind schon in den Brunnen gefallen war. Da muss man sich dann fragen, wozu wir diese Stelle haben. Hier muss verstärkt darauf geachtet werden,

dass sich etwas tut und dass wir diese Stelle nicht nur auf dem Papier haben, sondern dass sie diese Dinge so umsetzt, wie das gemeint ist.

Der dritte Punkt scheint mir aktuell sehr wichtig zu sein. Ich stelle ihn darum an das Ende. Da haben wir bisher eigentlich nur zugeschaut. Wir haben jetzt wieder Milchpulverberge aufgetürmt, nahezu 400.000 Tonnen in Europa, etwa 385.000 oder 386.000 Tonnen sind es aktuell. Das ist kein Zukunftsmodell, dass wir wieder zum einen Milchpulvertürme installieren lassen und zum anderen Milchpulverberge aufzubauen, die kein Mensch will und braucht. Jetzt werden Sie wahrscheinlich fragen, wie wir diese abbauen wollen. Da haben wir mehrere Möglichkeiten. Wir können sie energetisch einsetzen, wir können sie an bedürftige Menschen weitergeben, wir können sie in der tierischen Ernährung einsetzen, und wir können sie in andere Länder schicken, was wir eigentlich nicht wollen, aber kurzfristig praktizieren, um dieses Problem abzugeben. Da lobe ich mal den EU-Kommissar Hogan, der gesagt hat, es sei auf Dauer nicht haltbar, dass wir hier Überschüsse produzieren, die wir nicht brauchen. Da muss ich den EU-Kommissar ausnahmsweise mal loben. Ich hoffe, dass er es auch durchsetzt. Er hat auch bei den Lebensmitteleinzelhandelsgesprächen vollmundig angekündigt, dass er eingreifen werde, aber bisher ist noch nichts passiert, und daher ist das wieder mal ein unwirksamer Schaum, der über Europa verbreitet wurde.

Kurz zu den Anträgen. Dem SPD-Antrag werden wir zustimmen. Er geht in eine ähnlich sinnvolle Richtung.

Zum CSU-Antrag: Ich hätte mich gefreut, wenn Sie es klarer ausgedrückt hätten. Sie lassen es offen und bringen zwei Möglichkeiten, zum einen mit Entschädigung, zum anderen ohne Entschädigung. Also, liebe Kollegen der CSU, man möchte schon wissen, was Sie jetzt wollen. Zum dritten Punkt bitte ich auch um eine Antwort, leider ist Staatskanzleiminister Marcel Huber heute nicht anwesend. Bei einer Demonstration vor der Staatskanzlei hat er – aus meiner Sicht erfreulich – die Möglichkeit des kurzfristigen Lieferverzichts angekündigt. Er hat dazu nichts weiter gesagt. Er hat nur so viel gesagt, dass dies, falls die Jamaika-Koalition in Berlin zustande kommt, in den

Koalitionsvertrag aufgenommen wird. Wir haben uns darüber alle gefreut. Ich würde mich freuen, wenn das der Fall wäre. Es muss nur konkretisiert werden.

Es ist nicht unerheblich, ob der Lieferverzicht mit oder ohne Entschädigung erfolgt. Ich sage, dass es ohne Entschädigung in Europa schwierig werden wird. Deshalb bleibt unsere Forderung: kurzfristiger Lieferverzicht gegen Entschädigung, damit wir in Zukunft weitere Milchkrisen vermeiden. Sie sagen immer: Wir stehen hinter unseren Landwirten. Bitte, dann zeigen Sie es hier, damit auch in Zukunft an benachteiligten Standorten in Bayern sinnvoll Milch produziert werden kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Dr. Herz. – Als Nächster spricht Herr Kollege Arnold für die SPD-Fraktion. Bitte schön.

Horst Arnold (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Dieses Thema wird von der SPD-Fraktion schon seit dem Jahr 2015 mit Anträgen bearbeitet. Ähnlich wie in der Geschichte mussten wir dabei niemals unsere Namen und auch niemals die politische Zielrichtung und Ausrichtung unserer Anträge ändern, was hier in diesem Hohen Haus offenbar woanders festzustellen ist.

Zum Antrag der CSU kann ich sagen: Wir werden ihm zustimmen, weil alle Wendungen im Schicksal schon in der Bibel festgelegt sind: vom Saulus zum Paulus. Das, was Sie in dem Zusammenhang formulieren, wäre auch schon Jahre vorher möglich gewesen, wenn man unseren Anträgen gefolgt wäre.

Zu dem Antrag der FREIEN WÄHLER: Sie sagen den Kolleginnen und Kollegen von der CSU – Sie sind darin unklar geblieben – nicht, was Sie wollen: weder das eine noch das andere. Sie lassen es offen. Nein, ich sehe das schon als sehr wichtig an. Darin besteht Ihr Problem. Sie stellen immer Forderungen und fragen dabei gleich nach der Entschädigung. Aber manche Dinge sind so brisant und manche Handlungsweisen sind notwendig – das hat auch schon die Agrarministerkonferenz im April 2016

erkannt –, dass manchmal, also in Ausnahmefällen, auch eine entschädigungslose Liefermengensteuerung notwendig ist. Wenn wir das Thema verantwortungsvoll behandeln wollen, müssen wir so weit denken, dass in diesem Zusammenhang auch diese Ausnahmefälle berücksichtigt werden.

Wir von der SPD-Fraktion haben stets auf die Krisen hingewiesen. Wir wussten stets, dass die bisherigen Instrumentarien nicht ausreichen und gelegentliche Erholungen des Milchpreises nicht zur Argumentation herhalten können. Es handelt sich lediglich um momentane Marktkrisen. Stets haben wir auf die strukturellen Probleme hingewiesen und diese angesprochen. Wir haben die Verantwortung nicht nur bei der EU gesehen, sondern auch explizit beim Bundeslandwirtschaftsministerium. Darauf haben wir hingewiesen.

Stets und bis zu einem gewissen Zeitpunkt wurde dies von Ihnen, Kolleginnen und Kollegen der CSU, als Krisengerede, Verunglimpfungs- und Verunsicherungspolitik gebrandmarkt, weil wir damit den Bäuerinnen und Bauern sowie den Kräften des Marktes angeblich in den Rücken fallen wollten. Staatssekretär Bleser offenbarte dem Ausschuss noch im Januar 2017 anlässlich der Grünen Woche, dass er von Mengensteuerungen nichts, aber auch gar nichts halte. Immerhin ist es der Staatssekretär des Bundeslandwirtschaftsministeriums.

Erst beim Milchgipfel in München wurden diese Irrtümer ausgebügelt. Das ist deutlich festzustellen. Der Bundeslandwirtschaftsminister hat sich danach kleinlaut diesen Steuerungselementen gefügt und diese auch angewandt, allerdings mit dem bezeichnenden und entlarvenden Kommentar: Überzeugt ist er davon nicht, aber er muss nun einmal handeln.

Der bayerische Agrarminister Brunner war diesbezüglich schon weiter. Er hat am 15. April 2016 bei der Agrarministerkonferenz in Göhren-Lebbin – es war einstimmig – Folgendes mit beschlossen, Nummer 3: Sofern mit freiwilligen Maßnahmen zur Mengensteuerung bis zur nächsten Agrarministerkonferenz keine spürbaren Fortschritte

erreicht werden, bitten sie das Bundeslandwirtschaftsministerium, auf EU-Ebene die faktischen und rechtlichen Möglichkeiten einer zeitlich befristeten entschädigungslosen Mengenbegrenzung und die sich daraus ergebenden Sanktionsmöglichkeiten prüfen zu lassen und dann umzusetzen.

Das war im April 2016. Herzlichen Glückwunsch, liebe CSU-Fraktion, Sie sind nun heute, am 9. November 2017, mit Ihrem Antrag endlich Ihrem Minister gefolgt. Es freut uns sehr, diese Einheit so kurz vor den Wahlen festzustellen.

Wir haben diese Politik in der Vergangenheit stets unterstützt. Wir können auch gegenüber all diesen Kritikastern, die gesagt haben, dass es nicht funktionieren wird, feststellen, dass diese Mengenbegrenzung Gott sei Dank funktioniert hat. Wir wissen auch – darin sind wir uns in diesem Haus alle einig –, dass wir daran weiterarbeiten müssen. Diesbezüglich hat Herr Kollege Dr. Herz recht: Nach der Krise ist vor der Krise.

Aber es muss funktionieren. Das geht nur dann, wenn Sie Lehren daraus ziehen und sich dafür einsetzen. Dabei ist natürlich die Frage: Wo setzen Sie sich dafür ein? Damit spreche ich jetzt die berühmten Gespräche zur Schwampelei oder, wenn man das mit entsprechenden exotischen Bezeichnungen sagen will, bezüglich Jamaika, an.

Meine Damen und Herren! Für die Marktliberalen ist das typisch. Sie stehen dafür, solche Maßnahmen grundsätzlich abzulehnen. Die Marktliberalen stehen grundsätzlich dafür, auf dem freien Markt die freien Kräfte spielen zu lassen. Die Marktliberalen stehen grundsätzlich dafür, für die bayerische Landwirtschaft, aber auch für die Bundeslandwirtschaft nur dann Mittel einzusetzen, wenn es sich den Großen gegenüber lohnt, und sind locker drauf und dran, entsprechend Kleine sterben zu lassen. Die Marktliberalen haben hier eine Ausrichtung, die gegen die bäuerliche Landwirtschaft und gegen die kleinteilige Landwirtschaft ist. All das haben Sie zu überwinden. Kollege Herz hat es angesprochen. Staatsminister Marcel Huber hat bei einer Demonstration versprochen, dass diese Themen verbindlich auf den Tisch kommen müssen.

In Bayern hängt jeder siebte Arbeitsplatz von der Landwirtschaft ab. Jede vierte Milchkuh in Deutschland steht in Bayern. Wir sind stolz auf diese Struktur und auf die familiären Betriebe, auf die hochqualitative Versorgung und die nachhaltige Strukturierung des ländlichen Raums sowie das damit verbundene soziale und kulturelle Leben. Diese wichtige Prägung ist viel zu teuer, um sie auf dem Altar irgendwelcher Verhandlungen zu opfern. Das ist der Lackmustest. Wir haben Preis, Menge, Laufzeit und Andienungspflicht als Maßnahmen ebenfalls bereits thematisiert. Dies muss eingeführt werden. Nach der bisherigen Praxis schlossen die Produzenten Verträge ab, bei denen sie gar nicht wussten, was im Endeffekt herauskommt, außer dass sie wussten, dass sie verpflichtend sind. Alles das muss tatsächlich auf den Tisch. Ich warne Sie davor, diese Interessen zu opfern und Machtspielchen zuzulassen, die sich um den Preis, dass die CSU den einen oder anderen Posten bekommt, zulasten unserer bayerischen Bäuerinnen und Bauern auswirken. Das werden wir im Auge behalten.

Wir stimmen Ihrem Antrag zu. Wir stimmen dem Antrag der FREIEN WÄHLER zu, wobei diese zu kurz springen. Freiwilligkeit und Entschädigung sind das eine. Wenn Sie aber weiterdenken und sich in der Krise befinden, dann müssen Sie sagen, dass es auch ohne Entschädigung geht. So hat es bereits die Agrarministerkonferenz unter Führung von Till Backhaus am 15. April 2016 beschlossen.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Arnold. – Die nächste Wortmeldung kommt vom Kollegen Schöffel für die CSU-Fraktion. Bitte sehr.

Martin Schöffel (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht wieder einmal um die Milch, und das zu Recht, wie ich meine. Wir kommen aus einer doch heftigen Milchpreiskrise mit deutlichen Auswirkungen auch auf die deutsche Landwirtschaft. In den neuen Bundesländern wurden die Milchkuhbestände deutlich reduziert. Aber auch unsere Bauern haben schwere Einkommenseinbußen hinnehmen müssen. Zurzeit sind wir wieder, und zwar weltweit, in

einer Phase höherer Preise und vor allem steigender Mengen. In Europa, insbesondere in Irland, haben wir in diesem Jahr ein Plus von 9,5 %. In den Niederlanden und in Polen haben wir ein Plus von 6,6 %. Aber auch in Deutschland steigt die Anliefermenge. Seit Kurzem liegt sie über dem Wert des jeweiligen Vorjahresmonats. Wenn sich das immer weiter fortsetzen würde, kommt es möglicherweise auch wieder einmal zu einer rückläufigen Bewegung. Dann ist eine Krise nicht auszuschließen.

Der Antrag der FREIEN WÄHLER scheint den Eindruck zu vermitteln, dass zuletzt nicht gehandelt wurde. Das Gegenteil ist der Fall. Die Bundesrepublik Deutschland hat ein Maßnahmenpaket mit über 600 Millionen Euro unter anderem auch für freiwillige Mengenreduzierungen und für entsprechende Programme eingesetzt. Gesenkt werden konnten aber auch die Beiträge zur Berufsgenossenschaft. Liquiditätssicherungsprogramme wurden aufgelegt. Wichtig ist, dass auch der Einstieg in die steuerliche Gewinn- und Tarifglättung beschlossen wurde.

In Bayern haben wir besonders stark reagiert. Wie Sie wissen, haben wir in diesem Doppelhaushalt ein Volumen von 1,4 Milliarden jährlich. Wir haben in diesem Doppelhaushalt jährlich 148 Millionen drauflegen können. Im Nachtragshaushalt werden es noch einmal 40 Millionen Euro sein. Das leistet kein anderes Bundesland. Das muss man an dieser Stelle auch sagen. Staatliche Programme wie das KULAP sind nicht unmittelbar einkommenswirksam, aber sie helfen der Landwirtschaft, und sie stabilisieren sie auch in schwierigen Zeiten.

Wir sind davon überzeugt – und damit komme ich jetzt zu den heutigen Anträgen –, dass wir mit staatlich finanzierten Hilfen allein die Marktkrisen nicht auf Dauer werden bekämpfen können. Keine Ebene bis hin zur EU wird dies auf Dauer leisten können, insbesondere dann nicht, wenn die Wirtschaft einmal nicht so gut läuft, was wir uns aber nicht wünschen.

Zuallererst steht nach unserer Auffassung aber die Milchbranche selbst in der Verantwortung. Deswegen regen wir an, dass die Gestaltung der Lieferverträge überprüft

werden muss. Auch das Bundeskartellamt hat dazu entsprechende Vorschläge gemacht. Die Branche muss dafür sorgen, dass Angebot und Nachfrage nicht komplett auseinanderlaufen. Auf der Ebene der Molkereien kann zuerst abgeschätzt werden, welche Mengen zu vertretbaren Konditionen vermarktet werden können. Einige Molkereien beweisen, dass sie auch die Lieferbeziehungen mit den Erzeugerbetrieben konkretisieren, die Marken stärken, und dass sie das zum Vorteil von Molkereien und Milcherzeugern tun.

Wir sind aber auch der Auffassung, dass die Politik in erster Linie auf EU-Ebene gefordert ist, Krisenmaßnahmen zu entwickeln, um im Notfall im gesamten Gemeinschaftsgebiet handeln zu können. Diese Forderungen enthalten alle drei vorliegenden Anträge. Die EU-Marktbeobachtungsstelle muss zu einem effizienten Frühwarnsystem ausgebaut werden. Als Mengenreduzierungsmodell haben wir zuletzt das Modell auf freiwilliger Basis in Deutschland zusammen mit der EU umgesetzt. Die Frage ist nur – diese haben Sie, Kollege Arnold, auch aufgeworfen –, woher diese Mittel immer wieder kommen. Sie müssen zuallererst von außerhalb des Agrarhaushalts kommen. In Krisen, insbesondere wenn sie auf politische Entscheidungen wie zum Beispiel das Russlandembargo zurückzuführen sind, müssen solche Mittel zusätzlich und von außerhalb des Agrarhaushalts kommen. Der Kollege Herz sagte, es sei schwierig, das entschädigungslos durchzusetzen, und das andere sei leicht. Ich glaube aber nicht, dass es immer so leicht sein wird.

Eines ist für uns jedenfalls klar: Mittel aus der ersten Säule dürfen keineswegs zulasten der Flächenprämie für die ersten Hektare eingesetzt werden. Das ist für uns eine ganz wichtige strukturelle agrarpolitische Entscheidung, die von Minister Brunner bei der letzten Agrarreform durchgesetzt worden ist. Die ersten Hektare müssen deutlich stärker gefördert werden. Das haben wir zwar schon erreicht, in der Zukunft muss es aber noch verstärkt werden. Diese Förderung der ersten Hektare ist für uns auch Krisenvorsorge und Stabilität für unsere bäuerlichen Betriebe.

Eines ist doch klar, liebe Kolleginnen und Kollegen: Unsere bäuerliche bayerische Landwirtschaft ist nicht der Verursacher von weltweiten Marktkrisen. Darum müssen wir auf diese Strukturen in besonderer Weise achten.

Jetzt verstehe ich Ihren Prüfantrag zur Kappung, Kollege Arnold, als relativ allgemein gehalten. Für eine Kappung sind wir auch. Wir wollen aber die ersten Hektare stärker fördern. Wir sehen es schon kritisch, wenn die Mittel für die Bauern dauerhaft in die Marktordnung fließen sollen. Kollege Aiwanger hat einmal gesagt: Das ist kein Problem, da kommt immer wieder die Feuerwehr der EU. Wir appellieren auch an die Branche. Die Mittel der ersten Säule sollen in erster Linie schon für die ersten Hektare und für unsere bäuerlichen Betriebe zur Verfügung stehen.

Die Politik muss gerade bei schweren Marktstörungen auch noch eine andere Handlungsoption haben. Deswegen wollen wir, dass auch eine EU-weite, zeitlich befristete und entschädigungslose Mengenreduzierung geprüft, abgeschätzt und gegebenenfalls auch rechtlich vorbereitet wird. Hierfür muss bekanntlich eine politische Mehrheit gesucht werden, und das EU-Recht muss dazu geändert werden. Wir stehen mit unserem Antrag in der Kontinuität unserer Anträge aus diesem Jahr. Schon im Juli 2015 haben wir eine entsprechende Machbarkeitsstudie gefordert.

(Horst Arnold (SPD): Die Wandlung vom Saulus zum Paulus!)

Dieses Instrumentenpaket muss von der EU geprüft und umgesetzt werden. Dennoch bietet es keine Gewähr, dass jede Marktkrise in den Griff zu bekommen ist.

Mir ist es schon wichtig, den Bauern nicht zu vermitteln, dass ein Weltmarkt politisch in den Griff zu bekommen wäre. Ehrlich ist es, wenn wir sagen, dass nach guten Zeiten auch schwierigere Zeiten kommen können. Ich denke – das muss man der Ehrlichkeit halber dazusagen –, die meisten Bauern haben auch realisiert, dass Preise in einem gewissen Spektrum schwanken können, und sie bereiten sich darauf vor.

Alles, was wir in unserer bayerischen Agrarpolitik machen, dient wiederum auch der Stärkung der bäuerlichen Betriebe. Wir arbeiten auf allen Ebenen dafür, um unserer bäuerlichen Landwirtschaft bestmögliche Rahmenbedingungen zu bieten, und dazu zählt neben den genannten Kriseninstrumenten vor allem eine aktive Marktbearbeitung unter der Marke Bayern.

Unsere Landwirtschaft genügt durch ihre nachhaltige transparente Wirtschaftsweise im ländlichen Raum höchsten gesellschaftlichen Ansprüchen, und diese Premiumqualität wollen wir daheim, aber auch weltweit vermarkten. Unser Ziel ist, dass unsere Bauern für ihre engagierte Arbeit einen fairen Preis bezahlt bekommen, und wenn die Verbraucher die bäuerliche Landwirtschaft, die Regionalität und die Frische beim Einkauf schätzen würden, müssten wir uns um die Ertragslage der Bauernhöfe bei uns weniger Sorgen machen.

Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen. Er enthält alle notwendigen Schritte, die jetzt gegangen werden müssen.

Wir stimmen dem SPD-Antrag zu, weil er in die richtige Richtung geht und wir die Geschichte mit der Kappung so verstehen, dass eine Prüfung erfolgen soll, inwieweit dieses Instrument insbesondere unserer bäuerlichen Landwirtschaft zur Verfügung steht. Wir wollen diese Gelder in der ersten Säule vor allem über die Hektarprämie für die ersten Hektare einsetzen, aber es gibt natürlich auch noch die eine oder andere Idee, über die wir im Sinne der bayerischen Landwirtschaft sprechen können.

Der Antrag der FREIEN WÄHLER geht einseitig in Richtung "Mengensteuerung durch Entschädigungen". Gleichzeitig wird nicht dargelegt, woher die Gelder kommen sollen, und auch die Ausführungen des Kollegen Herz zur Räumung der Intervention werfen viele Fragezeichen auf. Natürlich wäre es uns ebenfalls lieber, wenn diese Bestände weg wären. Wir müssen aber darauf achten, das so zu gestalten, dass die Intervention in Zukunft noch akzeptiert wird. Man kann deshalb nicht jeden Weg gehen, den der Kollege Dr. Herz angesprochen hat. Wir lehnen diesen Antrag ab.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Schöffel. – Herr Kollege Leiner von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bitte schön.

Ulrich Leiner (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Gerade im Moment scheint es – und wir bedauern das sehr –, dass wir wieder in eine Problemzone bezüglich des Milchmarktes geraten. Im August dieses Jahres betrug die Mehrmenge bereits wieder 2,2 % mehr in der gesamten EU-Menge. Unter diesem Gesichtspunkt macht der Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER sehr wohl Sinn, allerdings müssen wir uns die Situation in den Betrieben auch individuell ansehen.

Einzelbetrieblich ist es sinnvoll, bei höheren Milchpreisen wieder mehr Milch zu erzeugen. Für den einzelnen Betrieb, der dann pro Liter Milch wieder mehr Gewinn erzielt, ist das sehr vernünftig. Problematisch daran ist, dass insgesamt der Milchmarkt jedoch wieder belastet wird und wir wieder das übliche Spiel des Verfalls des Milchpreises haben werden.

Die FREIEN WÄHLER haben jetzt einige Maßnahmen vorgeschlagen. – Mich hat sehr gefreut, dass heute das erste schriftliche Dokument der CSU-Fraktion vorliegt, wonach auch sie eine Milchmengensteuerung und gegebenenfalls eine Milchmengenbegrenzung als Beitrag zur Lösung dieser Krisen gefunden haben. Wer sich erinnern kann: Schon vor drei Jahren haben wir GRÜNEN im Landwirtschaftsausschuss gesagt, dass wir die Milchmenge steuern und gegebenenfalls begrenzen müssen.

(Horst Arnold (SPD): Nicht nur die Menge!)

Diese Erkenntnis ist das Beste an Ihrem Antrag, und sie freut uns außerordentlich.

Ein Sicherheitsnetz zu schaffen, um die EU-Milchmenge gegen Entschädigung zu reduzieren, sehen wir grundsätzlich kritisch. Das kann nur ein Ausgleich für spezielle soziale Härten sein, und ich sage Ihnen auch warum: Wenn die Milchbauern wissen,

dass sie sehr viel Milch produzieren und bei einer Krise der Verzicht auf die Lieferung entschädigt wird, reizt das die Bauern nicht, sich marktkonform und vernünftig zu verhalten, sondern es ist der Anreiz, noch mehr Milch zu liefern. Während das von Herrn Dr. Herz von den FREIEN WÄHLERN jetzt sehr stark in den Mittelpunkt gestellt wurde, sehen wir das kritisch. Wir müssen diskutieren, wann wir entschädigen und wann nicht. Für uns ist eine Entschädigung nur bei extremen sozialen Härten notwendig.

Ich bleibe jetzt bei dem ersten Antrag der FREIEN WÄHLER. Beim zweiten Spiegelstrich bin ich bei Herrn Schöffel. Wie wollen wir die Milchberge auf die Schnelle vernünftig entsorgen? Den Vorschlag von Herrn Dr. Herz, sie zu verbrennen, halte ich in dieser Situation für unglaublich, und für die Bevölkerung wäre das nie akzeptabel. Wir könnten auch nie wieder in irgendeine Intervention gehen. Bei dem Vorschlag, sie an China zu verschenken, wäre die Frage, wie wir das finanzieren. Woher kommen dafür die Mittel? Wie wäre das rechtlich möglich? Als weitere Möglichkeit haben Sie, Herr Kollege Dr. Herz, aufgezeigt, die Milch zu verfüttern. Damit verdrängen Sie andere Milchmengen, die auf dem Markt sind. Keiner dieser Vorschläge ist also passend.

Das zeigt uns aber auch deutlich – deshalb eine gewisse Zustimmung zu diesem Punkt –, dass die Intervention keine vernünftige Lösung ist. Es macht keinen Sinn, Milchberge zu horten, Milchberge zu lagern, nicht mehr zu wissen, wohin damit, und dazu noch die Gelder, die eher den Bauern zustehen, an die Lagerhäuser überzuleiten. Eine Intervention ist für uns daher keine Lösung.

Zum dritten Spiegelstrich: Ja, wir brauchen eine Marktbeobachtungsstelle, und – das ist noch wichtiger; denn die Marktbeobachtungsstelle hätten wir eigentlich – wir brauchen nachher bzw. eigentlich schon jetzt schnell greifende Maßnahmen. Wir brauchen umfassende Maßnahmen, die den Markt in diesem Moment, Herr Minister, wieder entlasten. Das bedeutet, bereits jetzt in dem Warnsystem an die Bauern heranzutreten und ihnen zu sagen: Vorsicht, wir sind bei einer Mengenerhöhung und müssen mit den Milchmengenlieferungen vorsichtig sein. Der BDM hat dazu einen Vorschlag unterbreitet. Ich muss Ihnen und den Damen und Herren vom Bauernverband sagen, dass ich

nicht verstehe, warum der Bauernverband diesen Vorschlag nicht unterstützt und nicht gemeinsam darauf geachtet wird, dass dieser Vorschlag in der EU zumindest diskutiert wird und zum Tragen kommt.

Das sind die Dinge, die wir EU-weit und national machen müssen. Ich sage Ihnen aber auch, dass es viele kleinere Lösungen gibt, die genauso gut wirken und die wir in Bayern umsetzen können. Die Situation der Bio-Milchviehbetriebe war während der Krise weniger schlecht und im Vergleich zu den konventionellen Landwirten deutlich besser. Das hat klar gezeigt, wo wir noch Märkte zu bedienen haben und wo Lücken bestehen, auch in einer globalen Krise Erfolg haben kann. Das ist eine der Maßnahmen, die wir ergreifen müssen. Wir müssen die Stärkung der regionalen Spezialitäten, die vom Weltmarkt entkoppelt sind, fördern. Darüber hinaus müssen wir Heumilch, Weidemilch und andere Formen, die wir in Bayern erzeugen können, pflegen und fördern.

Ein zusätzlicher Hebel dabei wäre auch die einzelbetriebliche Fördermaßnahme, die Investitionsförderung. Wir müssen endlich aufhören, die Investitionsförderung in die Größe zu bringen. Die Wirtschaftlichkeit muss nachgewiesen werden, damit eine Förderung möglich ist. Bei uns heißt das, Bauer A muss größer bauen, weil er sonst nicht in die Förderung gelangt, und ein Bauer, der nur seine Ställe erneuern will, steht vor großen Problemen, um eine Förderung zu erhalten.

Ich will damit sagen: Wir müssen die gegenwärtige Landwirtschaft langfristig umbauen, und das werden wir in den Koalitionsvertrag einbringen, Herr Arnold.

(Horst Arnold (SPD): Da bin ich gespannt!)

Das ist sehr, sehr wichtig; denn wir müssen einen anderen Weg bei der bayerischen, der deutschen und der europäischen Landwirtschaft einschlagen.

Dem Antrag der FREIEN WÄHLER werden wir trotz unserer Bedenken zustimmen. Es sind einige Dinge dabei, die zu überlegen sind, aber ich sehe die Krise schon kom-

men. Dieser Antrag ist deshalb zur richtigen Zeit gekommen. Wir müssen versuchen, alle Möglichkeiten in Betracht zu ziehen. Ich habe bereits erwähnt, dass wir über den Antrag der CSU-Fraktion sehr erfreut sind. Wir sind über das erste schriftliche Dokument sehr erfreut.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Leiner, kommen Sie jetzt zum Schluss.

Ulrich Leiner (GRÜNE): Dem Antrag der SPD können wir zustimmen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind vernünftig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. – Für die Staatsregierung darf ich Herrn Staatsminister Brunner das Wort erteilen. Bitte schön.

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich Ihnen Respekt für Ihre Dienstbeflissenheit zollen. Sie bleiben bis zum Schluss, obwohl oder vielleicht gerade, weil noch ein landwirtschaftliches Thema auf der Tagesordnung steht. "Die Milch macht's". So heißt es in einem Werbeslogan. Wir müssen alles tun, damit es unsere Milchbauern auch noch lange "machen". Schließlich produzieren 30 % der landwirtschaftlichen Betriebe in Bayern Milch. Damit wird die wirtschaftliche Bedeutung dieses Sektors einmal mehr klar.

Ich möchte anerkennend zur Kenntnis geben, dass alle drei Anträge nicht unwesentliche Teile meiner Politik verkörpern. Aus meiner Sicht sind Widersprüchlichkeiten nur in gewissen Einzelheiten feststellbar. Darauf werde ich noch zu sprechen kommen. Grundsätzlich müssen wir gemeinsam versuchen, die Volatilität des Milchmarktes ein Stück weit in den Griff zu bekommen. Es ist logisch, dass es die Sicherheitselemente nach dem Auslaufen der EU-Marktordnungen nicht mehr geben kann. Nicht nur die Produktion innerhalb der Europäischen Union und der Absatz innerhalb dieser Gemeinschaft sind für den Milchpreis entscheidend, sondern auch die weltweite Milch-

mengenproduktion und der weltweite Absatz. Umso mehr verlange ich von allen Marktpartnern eine stärkere Eigenverantwortung.

Dies muss nach dem Motto "Näher am Markt orientieren" geschehen. Das Verfahren, ein Signal auszusenden, wonach jeder die Menge produzieren kann, die er will, und sich anschließend irgendjemand um einen ordentlichen Preis bemüht, wäre nicht nachvollziehbar. Das funktioniert nicht. Das haben wir bereits während der zwei letzten großen Milchkrisen erlebt. Deswegen fordere ich die Erzeuger und die Verarbeiter immer wieder auf, flexible Verträge zu schließen, in denen die Menge, die Laufzeit und der Preis festgeschrieben werden.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, momentan haben wir diesbezüglich ein sehr schwerfälliges System. Deswegen freue ich mich, dass die Europäische Union den Artikel 148 der Gemeinsamen Marktordnung dahin gehend abgeändert hat, dass die Mindestinhalte bei Lieferbeziehungen festgeschrieben werden müssen. Das ist eine erfreuliche Entwicklung auf Seiten der Europäischen Union. So können wir auch in den einzelnen Nationalstaaten reagieren.

Unternehmen wir nichts, so werden die Milcherzeuger immer die Zeche zahlen. Die Molkereien werden den Auszahlungspreis nach den Möglichkeiten auf dem Markt gestalten, egal wie hoch der Preis ist. Deswegen müssen wir uns in der Tat auf EU-Ebene Gedanken darüber machen, welche Instrumente und Weichenstellungen wir nutzen und welche Leitplanken wir einziehen können, damit die Schwankungsbreite des Marktes und damit des Milchpreises ein Stück weit eingegrenzt werden kann.

Die Interventionsprodukte wurden in den Anträgen konkret angesprochen. Ja, im Moment lagern noch etwa 362.000 Tonnen an Milchpulver. Aber dennoch bitte ich Sie zu differenzieren. Natürlich kann eine Intervention die Menge nur vorübergehend ein Stück weit ausgleichen und austarieren. Aber ein völliger Ausschluss dieses Instruments würde eine sinnvolle Flexibilität vorwegnehmen. Deswegen bin ich der Mei-

nung, dass ein bestimmter Umfang an Lagerhaltung und Intervention für eine vorübergehende Stabilisierung sinnvoll sind. Im Übrigen hat Brüssel bei der letzten Intervention, als es Butter im Überfluss gab, ein Geschäft gemacht. Durch die angestiegenen Preise konnte die Interventionsware teurer verkauft werden. Leider sind die Marktpreise für Magermilchpulver sehr niedrig. Deswegen haben wir die Lagerkosten. Aber ich kann nur den Kopf über Ideen schütteln, die Lagerbestände sinnlos zu verschleudern oder gar zu verbrennen, wie dies der Kollege Leiner angemerkt hat.

Darüber hinaus müssen wir Möglichkeiten finden, um die Professionalität der Marktbeobachtung zu verbessern. In vielen Briefen an die Kommission und an den Kommissar Hogan habe ich immer wieder darauf hingewiesen, dass die Marktbeobachtungsstelle nur dann ihren Namen verdient hat, wenn sie ein Frühwarnsystem ermöglicht. Damit können die Marktpartner, sowohl die Milcherzeuger als auch die Milchverarbeiter und die gesamte Handelskette, rechtzeitig auf Marktentwicklungen hingewiesen werden. Das wurde uns zunehmend von Brüssel zugesagt. Ich hoffe, Brüssel entscheidet auch entsprechend. Dann tragen die Marktpartner aber wieder die Verantwortung. Was nützt eine professionelle Marktbeobachtungsstelle, wenn sie wirkungslos ist?

Wir brauchen Instrumente, um reagieren zu können. Neben der Eigenverantwortung der Marktpartner habe ich als letztes Mittel die Schaffung rechtlicher Voraussetzungen für eine auf EU-Ebene zeitlich beschränkte Milchmengenbegrenzung ins Gespräch gebracht. Die Milchmengenbegrenzung soll obligatorisch und ohne Entschädigung durchgeführt werden, wenn die nächste unabwendbare Milchkrise und ein dramatischer Milchpreisverfall drohen. Ich sage auch warum: Meine sehr verehrten Damen und Herren, niemand kann mir weismachen, dass nicht jeder Milcherzeuger die Möglichkeit hätte, für ein halbes Jahr seine Milchmenge um 3 oder 5 % zu reduzieren. Er kann dies tun, indem er weniger Kraftfutter verfüttert, indem er leistungsschwache Tiere ausmerzt oder dadurch, dass er im eigenen Betrieb mehr Milch verfüttert. Glauben Sie mir: Schon dieses Instrument der Ankündigung hätte eine nachhaltige psycho-

logische Wirkung auf den Markt. Der Vorteil für den Steuerzahler wäre, dass er nichts zahlen muss.

Herr Dr. Herz, natürlich klingt es populistisch, den Milcherzeugern zu versprechen, sie könnten liefern, was sie wollten, im Zweifelsfall würden wieder Milchprogramme zur Verfügung gestellt, mit denen die Überproduktion finanziert würde. Nein, meine Damen und Herren, bei der letzten Milchkrise haben Brüssel und Berlin zusammen nahezu eine Milliarde Euro zur Verfügung gestellt. Ich frage mich, und das sollten Sie auch tun: Ist es realistisch, bei jeder Milchkrise nahezu eine Milliarde Euro zur Ordnung des Marktes zur Verfügung zu stellen? Herr Dr. Herz, ich gehe noch einen Schritt weiter: Ihre Ankündigung, die Überproduktion durch das Anbieten eines Förderprogramms für diejenigen zu finanzieren, die freiwillig weniger liefern, ist im Umkehrschluss ein Anreizsystem, mehr zu produzieren; denn der Erzeuger weiß: Am Ende gibt es wieder ein Entschädigungsprogramm, wenn ich weniger erzeuge. Deshalb verstehe ich Ihren Antrag nicht.

Möglicherweise könnte es sogar dazu kommen, dass Betriebe Spitzenleistungen erbringen, da sie wissen, dass es im Falle eines Preisverfalls eine staatliche Entschädigung gibt. Herr Dr. Herz, Sie sollten das Ende bedenken, wozu eine solche Ankündigung führen könnte. Herr Arnold, ich bin deswegen über Ihre Begründung nicht sehr glücklich. Herr Schöffel hat richtig erkannt, dass Sie mit Ihrem Antrag solche Förderprogramme mit Kürzungen bei den Direktzahlungen finanzieren wollen. Nein, das würde im Endeffekt in dieselbe Richtung zielen.

Einer Deckelung stehe ich durchaus aufgeschlossen gegenüber, weil sie den bayrischen Strukturen entgegenkäme. Wir sollten die Mittel dann aber auch gleichzeitig zur Finanzierung kleinerer Betriebe verwenden, was wir schon im Ansatz tun. Für die ersten 30 Hektar wird ein Zuschlag in Höhe von 50 Euro gewährt. Für die nächsten 16 Hektar gibt es einen Zuschlag in Höhe von 30 Euro. Dieses Instrument könnte mit den Geldern, die wir über eine Deckelung erhalten würden, ausgebaut werden. Wir

sollten diese Mittel aber nicht für Programme einsetzen, die dann verpuffen oder möglicherweise sogar die gegenteilige Wirkung haben als jene, die wir uns erhoffen.

Herr Leiner, Sie haben die Förderpolitik kritisiert. Sie wissen aber schon, dass wir in Bayern seit über einem Jahr ein erheblich weniger attraktives Förderprogramm für Investitionen in Milchviehställe haben? Ich habe dieses Programm hinsichtlich der Prozentzahl und der förderfähigen Summe abgesenkt. Wer jetzt einen Milchviehstall baut, bekommt allenfalls die ersten 40 Kühe gefördert. Sollte ein Stall für 100 Kühe gebaut werden, müssten die Kosten für die restlichen Kühe aus eigener Tasche finanziert werden. Nirgendwo steht, dass ein Bauer, der in einem Stall 50 Kühe hat, bei einem Neubau für 50 Kühe auch gefördert würde, ganz im Gegenteil.

Ich habe zu Beginn dieses Jahres ein neues bayerisches Förderprogramm mit dem Namen BaySL aufgelegt. Nach diesem Programm können auch kleine Betriebe mit 20 oder 25 Kühen eine Förderung erhalten, ohne dass sie ihre Milchmenge oder ihre Kuhzahl steigern müssten. Dieses Programm richtet sich ausschließlich an kleine Betriebe und wird mit bayerischen Geldern finanziert. Damit setzen wir in die Praxis um, was Sie immer theoretisch einfordern: Wir tun speziell für die kleinen und mittleren Betriebe in Bayern alles, damit sie wettbewerbsfähig sind. In diesem Sinne: herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Staatsminister, ich muss Sie zurück ans Rednerpult bitten. Herr Kollege Dr. Herz hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Herr Staatsminister Brunner, ich möchte noch kurz zwei Punkte ansprechen. Ich bin sehr oft draußen bei Landwirten, daher kenne ich Ihre Aussagen im Grundtenor etwas anders. Ich bin überrascht, dass Sie hier sagen, dieses Mengenreduzierungsprogramm gegen Entschädigung wäre ein Anreiz

für die Produktionssteigerung. Sagen Sie das einmal draußen. Ich würde gerne sehen, wie dann die Reaktion ausfiele.

Mir wäre die Klärung eines Punktes wichtig. Gerade war zweimal vom Kopfschütteln die Rede. Ich habe vier Beispiele genannt, wie dieser Milchpulverberg verringert werden könnte. Mir wurde unterstellt, ich wollte dieses Milchpulver nur verbrennen. Ich habe gesagt, dieses Milchpulver könnte auch energetisch verwendet werden, beispielsweise in einer Biogasanlage. Schließlich gibt es auch Getreide, das energetisch verwertet wird. Wir sollten überlegen, wie wir unsere Kritik anbringen.

Eine dritte Bemerkung: Was sagen Sie den EU-Finanzbeamten und den Steuerzahldern angesichts der Tatsache, dass allein im Jahr 2016 103 Millionen Euro an Kosten für den Magermilchpulverberg aufgebracht werden mussten? Wir müssen hier die Relation im Auge behalten und von dem absoluten Denken etwas wegkommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Herr Dr. Herz, genau deswegen habe ich differenziert geantwortet. Sie müssen wissen, dass wir über 900 Millionen Euro für Förderprogramme eingesetzt haben, um die Milchmenge zu verringern. Die Landwirte, die dieses Programm genutzt haben, haben für die Nichtanlieferung von Milch eine Entschädigung erhalten. Wir müssen darüber nachdenken, ob das im Sinne des Steuerzahlers ist. Wenn Sie eine bessere Möglichkeit wissen als die, die Sie genannt haben, wie wir die rund 360.000 Tonnen Milchpulver marktunschädlich entsorgen können, teilen Sie mir diese bitte mit. Dieses Milchpulver nach China zu verschenken, wäre genauso sinnlos; denn China hat durchaus Kaufkraft. Wir wollen, dass China unsere hochwertigen und veredelten Produkte aufkauft und den eigenen Bürgern zur Verfügung stellt.

Momentan haben wir einen niedrigen Preis für Magermilchpulver. Sie sind offenbar der Meinung, wir sollten dieses Instrument grundsätzlich infrage stellen. Ich meine, das wäre nicht im Interesse der Branche.

Zu Ihrer ersten Bemerkung: Überall, wo ich war, habe ich dasselbe gesagt. Wir haben diese Milchprogramme in der Vergangenheit nicht angekündigt. Sie waren die Folge des Milchberges. Ursprünglich war die Kommission in Brüssel nicht gewillt, überhaupt Hilfsinstrumente anzubieten. Brüssel hat lange die Auffassung vertreten, dies würde der Markt selbst regeln. Letzten Endes regelt es natürlich schon der Markt.

(Horst Arnold (SPD): Und die CSU!)

Sollte dies aber dazu führen, dass jeder zweite Milcherzeuger in Bayern aufgeben muss, wäre mir das ein zu hoher Preis. Deswegen habe ich Brüssel aufgefordert zu reagieren. Aber halten Sie es nicht für illusorisch, im Vorhinein festzulegen, dass es im Falle einer Marktverwerfung garantiert wieder Förderprogramme geben wird, die der Steuerzahler finanziert? Ein Landwirt, der weiß, dass er mit Sicherheit wieder damit rechnen kann, einen Ausgleich für das Mehr an Milch zu bekommen, das er im Vergleich zum Vorjahr geliefert hat, hat doch keinen Anreiz mehr, sich marktkonform zu verhalten.

Deswegen sage ich: Zunächst muss die Eigenverantwortung zwischen den Marktpartnern eingefordert werden. Dafür gibt es Instrumente. Sollten diese Instrumente nicht reichen, muss auf europäischer Ebene ein Mengeninstrument greifen, das für den Steuerzahler erträglich ist und nichts kostet. Ich bin mir sicher, dass diese Wirkung erzielt werden kann, da dieses Instrument nur vorübergehend zum Einsatz käme. Jeder Landwirt könnte somit davon ausgehen, dass er die geringere Milchmenge für ein paar Monate durch den nicht gefallenen Milchpreis locker kompensieren kann.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 17/18866 – das ist der Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie Herr Kollege Felbinger (fraktionslos). Gegenstimmen bitte. – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 17/18897 – das ist der Antrag der SPD-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen und Herr Kollege Felbinger (fraktionslos). Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Damit komme ich zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 17/18898, das ist der Antrag der CSU-Fraktion. Ich bitte zunächst darum, die Ja-Stimmen anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Das sind die Fraktion der FREIEN WÄHLER und Herr Kollege Felbinger (fraktionslos). Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/18867 mit 17/18871 sowie 17/18899 mit 17/18902 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Dann habe ich die Ergebnisse der letzten drei namentlichen Abstimmungen. Das erste war die Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Klaus Adelt und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Dritte Startbahn: Keine Umwandlung in Aktiengesellschaft – kein Wortbruch der Staatsregierung!" auf der Drucksache 17/18865: Mit Ja haben 61 und mit Nein 73 gestimmt, und es gab 1 Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 8)

Nun zum Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Keine Umwandlung der Flughafen München GmbH (FMG) in eine Aktiengesellschaft – Keine dritte Startbahn durch die Hintertür" auf der Drucksache 17/18895: 56 Ja-Stimmen, 71 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 9)

Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Endgültige Absage an FMG-Umwandlung in Aktiengesellschaft – keine dritte Startbahn auf Umwegen" auf der Drucksache 17/18896: 55 Ja-Stimmen, 74 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 10)

Wir haben jetzt noch den Tagesordnungspunkt 7. Da wurde auf eine Aussprache verzichtet. Der Tagesordnungspunkt 8 wird im Einvernehmen der Fraktionen heute abgesetzt und auf eine der nächsten Sitzungen verschoben. Zu den Tagesordnungspunkten 9 bis 11 haben wir auch nur noch die Abstimmungen.